



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XII/161 - 18. Juli 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0896890

Zum 20. Juli	S. 1
Eisenhowers Niederlage im Repräsentantenhaus	S. 3
Prozess um den Einmarsch deutscher Truppen nach Dänemark	S. 6
Das Mittelstands-Institut in Nordrhein-Westfalen	S. 8

Zum 20. Juli

Von Max K u k i l

Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dreizehn Jahre sind vergangen seit jenem 20. Juli 1944, an dem deutsche Widerstandskämpfer gegen die Hitler-tyrannie zu d e r Aktion schritten, die in der ganzen Welt gehört wurde. Die Männer des Widerstands wollten nicht nur den verhängnisvollen Krieg beenden, sondern die Katastrophe, den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und moralischen Untergang Deutschlands verhindern. Sie wollten auch dem deutschen Volke beweisen und der Welt beweisen, dass die Gleichsetzung Deutschlands mit dem Nationalsozialismus unberechtigt sei und dass das andere Deutschland, das des Anstands, des Rechts, der Freiheit, der politischen Moral und der Menschenwürde, noch lebt.

Mehr als elf Jahre bestand damals jenes barbarische System, dessen erste Aufgabe im Jahre 1933 war, die freie Arbeiterbewegung in Deutschland zu zerschlagen. Die Einkerkierung, Misshandlung, der Mord an unseren Funktionären und die Beschlagnahme der Einrichtungen der Arbeiterbewegung standen am Anfang der Diktatur. Danach setzte die Bekämpfung aller anderen nichtnationalsozialistischen Organisationen und Konfessionen ein, weil jeder Totalitarismus die ganze Macht auf allen Gebieten für sich in Anspruch nimmt. Eine Rassenverfolgung begann, wie die Welt sie noch nicht kannte. Am Schluss aber stand der Krieg, bei dem täglich Zehntausende an der Front, in der Heimat, in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern ihr Leben lassen mussten.

Aus der zuerst verfolgten und verbotenen Arbeiterbewegung entstanden auch die ersten Widerstandsgruppen. Bei dem Andauern der Hitlerbarbarei und mit Beginn des Krieges bildeten sich weitere Widerstandszentren aus Frauen und Männern, Jungen und Alten, aus allen Gesellschaftsschichten und allen politischen Richtungen. Mit den Sozialdemokraten, dem Gewerkschafter, verbanden sich Offiziere aller Dienstgrade, Männer des Adels, der Kirchen, des Staates und der Verwaltung. Sie alle einte ein gemeinsames Ziel: durch die befreiende Tat die Barbarei und ihren

18. Juli 1957

Despoten zu beseitigen und einen Staat des Rechts zu schaffen, damit das Ansehen Deutschlands in der Gemeinschaft der Völker wiederhergestellt wird.

Graf von Stauffenberg unternahm durch das Attentat auf Hitler den Versuch, Staat und Volk vor dem totalen Zusammenbruch zu retten. Man wollte diesen Krieg ein Ende bereiten und einen gerechten Frieden erstreben, der an die Stelle der Selbsterfleischung und Verrichtung der Völker friedliche Zusammenarbeit setzte, einen Frieden, der sich auf Achtung vor der Freiheit und der Gleichberechtigung aller Völker gründete.

Die Regierungserklärung der Männer des 20. Juli zeigte die Rettung Deutschlands in letzter Stunde: Wiederherstellung des Rechts, Schluss mit der Korruption, für ein sittliches Familienleben, Kampf der Lüge, Freiheit des Geistes und des Glaubens, Mut zur Verantwortung, soziale Wirtschaftsordnung, Sicherung der Währung, gerechter sozialer Ausgleich, das waren die Hauptforderungen. Die Aktion misslang, und Tausende von Widerstandskämpfern wurden nach dem 20. Juli verhaftet, misshandelt und hingerichtet.

Wir zeigen uns in Ehrfurcht vor den Opfern, die für ein neues und besseres Deutschland gestorben sind und die uns heute beim Kampf für ein wiedervereinigtes Deutschland in Frieden und Freiheit fehlen.

Die Widerstandskämpfer der verschiedensten politischen Auffassungen sind für ein gemeinsames Ziel, für die Freiheit, gestorben. Unter Freiheit verstanden sie auch die Toleranz im politischen Kampf und die Achtung auch der anderen Meinung unseres Mitbürgers soweit er auf dem Boden der Demokratie steht.

Die letzten Wochen haben uns in der Bundesrepublik leider gezeigt, wie weit wir von dieser Selbstverständlichkeit entfernt sind. Im jetzt begonnenen Wahlkampf wurde die deutsche Sozialdemokratie verleumdet. Diese Verleumdung richtet sich auch gegen diejenigen, die als Sozialdemokraten sowohl im Kampf gegen Hitler als auch gegen den Kommunismus schwerste Opfer gebracht haben. Durch die Ereignisse des 20. Juli haben eine Reihe führender Sozialdemokraten ihr Leben lassen müssen. Ihre Angehörigen und die überlebenden Widerstandskämpfer zählen heute noch zu den aktivsten Vertrauensleuten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie haben ihre Angehörigen, ihre Freiheit, ihre Gesundheit, für ein neues und besseres Deutschland geopfert und lassen auch heute nicht ihre demokratische Zuverlässigkeit und ihre Arbeit für die Interessen des gesamten deutschen Volkes in Zweifel ziehen.

* * *

USA auf der Suche nach einer neuen Politik

Von unserem diplomatischen Dr.K.B.-Mitarbeiter

Präsident Eisenhower hat am Mittwoch im Repräsentantenhaus zwei Abstimmungsniederlagen erlitten. Das Repräsentantenhaus lehnte den Antrag des Präsidenten ab, im Rahmen der Auslandshilfe einen Betrag von 900 Millionen Dollar, (3,78 Milliarden DM) als indirekte Militärhilfe zu bewilligen und beschloss mit nur 106 gegen 100 Stimmen diesen Betrag auf 500 Millionen Dollar zu kürzen. Eine zweite Abstimmungsniederlage mit 136 gegen 31 Stimmen erlitt Eisenhower durch die Ablehnung seines Antrages, ihm die uneingeschränkte Vollmacht für die Weiterführung der Militärhilfe auch für das Rechnungsjahr 1959 zu geben.

So alarmierend diese Nachricht klingen mag, muss doch festgestellt werden, dass die Niederlage des Präsidenten zu erwarten war. In der amerikanischen Öffentlichkeit hat sich seit Monaten immer mehr die Auffassung verbreitet, dass die während des Koreakrieges entwickelte Konzeption der amerikanischen Aussenpolitik mit dem Ausbau von militärischen Stützpunkten überholt ist. Die Tatsache, dass die atomare Ausrüstung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die Entwicklung der ferngeleiteten Geschosse und die Konzentration von Verteidigungsmassnahmen auf den Schutz des amerikanischen Kontinents selbst das Denken vieler amerikanischer Staatsbürger beherrscht, hat zu einer zunehmenden Kritik an der Fortsetzung der militärischen Blockpolitik geführt. Ausserdem gilt als erwiesen, dass der Ausbau der Heimatverteidigung und die weitere Entwicklung der atomaren Waffentechnik einen wirksameren Schutz darstellen, als der Versuch, durch hohe Militärausgaben im Ausland die Sicherheit des amerikanischen Kontinents verstärken zu wollen.

Diese Wandlung im Denkprozess vieler Amerikaner ist nicht erstaunlich. Er bedeutet nicht, dass der amerikanische Durchschnittsbürger der plötzlichen Sehnsucht nach einer neuen Politik des Isolationismus unterliegt. Vielmehr ergibt sich diese Denkweise, die

jetzt ohne Zweifel durch die jüngste Abstimmung im amerikanischen Repräsentantenhaus ihren ersten weithin sichtbaren politischen Ausdruck gefunden hat, aus der Überlegung, dass eine neue Technik auch eine neue Politik erfordert. Wenn ein Raketengeschoss über Entfernungen von 7000 Kilometern zum "Einsatz" gebracht werden kann - so sagt sich der Amerikaner - ist nicht ersichtlich, warum man dann noch grosse Steuermittel für den Ausbau kostspieliger Verteidigungsanlagen an der Peripherie aufbringen soll. Die Solidarität der westlichen Allianz, die heute rein militärisch im NATO-Bündnis ihren Ausdruck findet, kann im Ernstfall auch aufrechterhalten werden, wenn der Einsatz von präventiven militärischen Mitteln oder von vielleicht notwendig werdenden Abschreckungsmassnahmen von einem bestimmten Punkt aus und konzentriert erfolgen kann.

Diese Wandlung im Denkprozess vieler Amerikaner und ihrer politischen Repräsentanten ist in Europa verhältnismässig wenig bekannt. Die Folge davon ist, dass man in Europa immer noch auf der Stelle tritt, und gelegentlich sogar geneigt ist, zwingende politische Veränderungen - wie etwa eine aktive Entspannungspolitik - aus Furcht vor einem neuen amerikanischen Isolationismus zu hemmen. Gute Kenner der amerikanischen Politik und vor allem der amerikanischen Verteidigungsplanung glauben jedoch zu wissen, dass die oft in Europa geäusserten Befürchtungen gegenstandslos sind. Die amerikanische Aussenpolitik dürfte im Grundsatz die gleiche bleiben; sie sucht lediglich nach neuen Mitteln, die der neuen Technik und der neuen Situation angepasst sind, ohne hierbei die notwendige Solidarität des Westens zu stören oder gar zu mindern.

Im Zusammenhang mit diesem Fragenkomplex muss auch das Drängen zahlreicher fortschrittlicher amerikanischer Politiker nach der Überwindung der militärischen Blockpolitik besonders in Europa gesehen werden. Die militärische Blockpolitik basiert auf der Teilung Europas und damit auch Deutschlands, was das im Jahre 1951 für zweckmässig

18. Juli 1957

Hinderung der Ausweitung der sowjetischen Einflusssphäre.

Heute, im Zeitalter ferngesteuerter Raketenwaffen und theoretisch möglicher Grossangriffe mit Atom- und Wasserstoffbomben ist die geographisch bedingte Zweiteilung Europas ein Anachronismus. Die im europäischen Raum stehenden ungelösten Probleme lassen sich nicht mehr unter militärischen Vorzeichen lösen. Sie sind nur noch politisch lösbar, da jeder Versuch ihrer militärischen Lösung gleichzeitig den Ausbruch des dritten Weltkrieges bedeuten würde.

Was aber ein dritter Weltkrieg mit Einsatz atomarer Waffen auch für den amerikanischen Kontinent bedeuten würde, hat das Ergebnis des vor kurzem in den Vereinigten Staaten durchgeführten grossen Luftschutzmanövers gezeigt. Bei einem Überfall mit ungefähr 175 Atom- und Wasserstoffbomben wären - so besagen die theoretischen Berechnungen - etwa 95 Millionen Amerikaner dem Tod und der Vernichtung ausgeliefert. Dies trotz bereits stark entwickelter Luftschutzanlagen!

Vielleicht haben die mit grossen publizistischen Aufwand veröffentlichten Ergebnisse des "Atomalarms" die jüngste Abstimmung im amerikanischen Repräsentantenhaus nicht unwesentlich beeinflusst ...

So gesehen ist das Bemühen der Amerikaner um die Erreichung positiver Ergebnisse bei den Londoner Abrüstungsverhandlungen doch ein Stück neuer amerikanischer Aussenpolitik, Eisenhowers Abstimmungs-niederlage im Repräsentantenhaus dagegen eine nur temporäre Erscheinung, die sich aus zurückliegenden aber bereits überholten Vorplanungen ergibt. Der Präsident wird sicher versuchen, eine Revision der Beschlüsse herbeizuführen. Das Stop-Signal, das ihm jedoch am Mittwoch von der Mehrheit des Repräsentantenhauses für die Fortsetzung der bisherigen Politik seines Aussenministers gegeben wurde, wird er sicherlich nicht übersehen können.

Geschichte im Gerichtssaal

zu, Flensburg

In der idyllischen dänischen Stadt Holstebro in Nordjütland findet gegenwärtig ein hochpolitischer Prozess statt. Dabei geht es letztlich um nichts anderes als um die Beantwortung der Frage, ob die Besetzung Dänemarks am 9. April 1940 durch deutsche Truppen mit dem Einverständnis der damaligen Regierung in Kopenhagen auf Grund einer vorher getroffenen Vereinbarung erfolgt ist oder ob es sich bei dieser Behauptung um eine Art 'Dolchstoßlegende' handelt.

Angeklagt ist der Kopenhagener Studienrat Jon Galster wegen Beleidigung. Er hat in Wort und Schrift den inzwischen verstorbenen damaligen dänischen Ausserminister P. Munch des Landes- und Hochverrats bezichtigt. Munch soll mit Vertretern der damaligen nationalsozialistischen Reichsregierung, darunter Himmler, in Rostock ein Abkommen über die kampflose Besetzung Dänemarks getroffen haben. Das behauptet jedenfalls Galster, und sein Prozess, der bereits vor zwei Jahren einmal anlief, ist nun am 23. Juni wieder aufgenommen worden, um eine endgültige Klärung zu erreichen.

In diesem Prozesse kommt nun die ganze Hintergründigkeit des deutschen Einmarsches zur Sprache, der am 9. April 1940 durch das Überschreiten der deutsch-dänischen Grenze von Einheiten der 170. Deutschen Division erfolgte. Die dänische Bevölkerung verstand diesen Beginn der Besetzung nicht anders als einen klaren deutschen Vertragsbruch. Der am 31. Mai 1939 mit Deutschland geschlossene Nichtangriffspakt, nach dem "das Königreich Dänemark und das Deutsche Reich in keinem Falle zum Kriege oder zu einer anderen Art der Gewaltanwendung gegeneinander separated werden", war noch in allzu frischer Erinnerung.

Damals flammten auch die Spannungen mit der deutschen Minderheit in Dänemark hell auf, die erst in diesen Jahren allmählich wieder abgeklungen sind. Zahlreiche deutsche Nordschleswiger hatten den Soldaten des 3. Reiches am Morgen des 9. April 1940 zugejubelt und Formationen der Partei waren ihnen mit fliegenden Fahnen entgegenmarschiert. Für grosse Teile der dänischen Bevölkerung stand die deutsche Minderheit

wieder als potentielle Gefahr auf, die durch die Besetzung des Landes allzuleicht akut werden konnte.

Noch während des Prozesses in Halstebro hat die angesehenene dänische Zeitung "Politiken" mit eigenen Feststellungen Galster widerlegt. Galster hatte sich bei seiner Behauptung auf den jetzt 88jährigen Pastor Schmidt-Wodder, einem damaligen dänischen Reichstagsabgeordneten der deutschen Minderheit bezogen, der behauptet hatte, er sei am 17. März 1940 in Rostock gewesen, als dort der damalige dänische Außenminister Munch mit Himmler und dem hohen SS-Führer Dr. Jacobsen zusammengetroffen sei. Dazu stellt die "Politiken" fest, dass Schmidt-Wodder am 17. März 1940 überhaupt nicht in Rostock gewesen ist, also auch dort die Genannten nicht hat antreffen können.

Schmidt-Wodder war, wie "Politiken" ermittelte, an diesem Tage in Celle, wo er an der Konfirmation des Sohnes seiner Pflegetochter teilnahm. Dies geht auch aus einer Eintragung im Kirchenbuchamt in Celle hervor. Durch diese Feststellungen wird die Auffassung eines Untersuchungsausschusses des Kopenhagener Folkethings erhärtet, dass ein Abkommen über die kampflose Besetzung Dänemarks nicht erzielt worden und Außenminister Munch nicht in Rostock gewesen ist.

Der ehemalige "Reichstevollmächtigte im besetzten Dänemark", Dr. Best, hat dem Gericht schriftlich ausgesagt, dass er von einem Treffen zwischen Munch und Himmler in Rostock nichts gewusst hat. Dr. Best war 1950 in Dänemark zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt worden, aber 1951 unter dem strikten Verbot, keinen dänischen Boden jemals wieder zu betreten, nach Deutschland entlassen worden, es sei denn, er würde in Dänemark wieder inhaftiert. Obgleich das Gericht in Halstebro freies Geleit zugesichert hatte, zog Dr. Best die schriftliche Aussage vor. Ein bezeichnendes Licht auf die Person Galsters wirft auch die Tatsache, dass er zur Prozesseröffnung nicht erschienen war. Der Gerichtsvorsitzende musste ihn erst in Kopenhagen festnehmen und vor die Schranken des Gerichts bringen lassen.

Krach um das "Mittelstandsinstitut"

H.E. Der Kultusminister von NRW, Prof. Lichtenberg, hat bekanntgegeben, dass die Errichtung eines "Instituts für Mittelstandsforschung" in Frage gestellt sei. Nichts wäre verfehlter, als daraus den Schluss zu ziehen, die nordrhein-westfälische Landesregierung sei "gegen" das Mittelstandsinstitut. Als im Januar dieses Jahres der Haushaltsausschuss des Bundestages im Etat des Bundeswirtschaftsministeriums erstmalig einen Betrag von 200 000,- DM für das Mittelstandsinstitut vorsah, stellte das Land Nordrhein-Westfalen seinerseits 100 000,- DM bereit. Damit war die Finanzierungsgrundlage gelegt. Damit war auch der böswilligen Stimmungsmache aus den Jahre 1956 jeder Boden entzogen, dass sich nämlich durch die Regierungsumbildung in NRW die Vorarbeiten für das Institut "festgefahren" hätten.

Dass es nicht schon Anfang dieses Jahres zur Errichtung des Instituts kam, dass man sich jetzt tatsächlich festgefahren hat - der Grund dafür liegt keineswegs in Düsseldorf, sondern in Bonn. Es mangelt ja nicht mehr an den notwendigen Geldern, sondern an Klarheit darüber, wie und - sprechen wir es ruhig offen aus - für wen die zur Verfügung stehenden Gelder verwandt werden sollen. Darüber haben der CDU-Bundeswirtschaftsminister Erhard und der CDU-Bundestagskandidat Wittmer-Eigenbrodt, Präsident des deutschen Mittelstandsblocks, offenbar nicht die gleichen Vorstellungen. Dieser Meinungsstreit in der CDU über die Aufgaben des Mittelstandsinstituts ist nur ein Spezialfall des Richtungsstreits in der CDU über die "Mittelstandspolitik" dieser Partei überhaupt, des ewigen Lauziehens in dieser Partei, die nach aussen Mittelstandspropaganda treibt und in ihrer wirtschaftspolitischen Praxis einseitig grosswirtschaftlich engagiert ist.

An dieser Orientierung würde - wenn die CDU in Bonn an der Macht bliebe - auch ein "Mittelstandsinstitut" nicht das Geringste ändern. Das Institut soll der "Grundlagenforschung" dienen. Das ist nicht verkehrt. Weitens wichtiger aber ist, nächst einer Wende in der Wirtschaftspolitik, die Klein- und Mittelbetriebe in den Stand zu setzen, der technischen Entwicklung zu folgen. Das wird am ehesten durch ein allgemeines Gewerbeförderungs-Institut gewährleistet, wie es die Sozialdemokraten fordern. Und was speziell den Schutz und die Förderung kleiner und mittlerer Betriebe in Nordrhein-Westfalen angeht, so sei nur an das "Mittelstandskreditprogramm" der NRW-Landesregierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Fritz Steinhilf erinnert, dessen Grosszügigkeit von allen, die es angeht, vom nordrheinwestfälischen Handwerk, Handel und Gewerbe, dankbar anerkannt wurde.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel